

Haushaltsrede von Wolfgang Kuhl, stellv. Sprecher der ödp/FDP im Kreistag

Es gilt das gesprochene Wort:

Sehr geehrter Herr Landrat,
Liebe Kolleginnen und Kollegen im Kreistag,
Sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,

Der diesjährige Haushalt ist von einer exzellenten wirtschaftlichen Lage unseres Landes geprägt. Die Gemeinden haben im vergangenen Jahr viele Fördermaßnahmen erhalten und die Einnahmen sprudeln. Was den Landkreis angeht kann man von Vollbeschäftigung sprechen. Diese Lage beschert uns zurzeit hohe Einnahmen. Das zeigt natürlich, dass wir gut aufgestellt sind.

Doch, meine sehr verehrten Damen und Herren, der alleinige Blick auf die jetzige Lage ist unzureichend. Wir dürfen nicht vergessen, wie uns vor etwa 10 Jahren eine Finanz- und Wirtschaftskrise hart getroffen hat und dürfen nicht automatisch davon ausgehen, dass sich die derzeitige wirtschaftliche Entwicklung für uns immer so positiv darstellt wie zur Zeit..

Deshalb braucht es den Blick in die Zukunft. Denn ein Haushalt ist immer nur so gut wie er krisenfest ist. Die derzeitigen Planungen sind bis zum Jahr 2020 geschrieben, also auch bis zum Ende der Legislaturperiode dieses Kreistages. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass große Herausforderungen vor uns stehen: Schulsanierungen und Straßenbau sind beispielsweise zwei Posten, die immer ein gewisses finanzpolitisches Risiko in sich tragen. Aber allem voran steht ein Problemkind: Die Main-Klinik in Ochsenfurt. Was mit einer Sanierung der Trinkwasserversorgung begann hat sich zu einer Generalsanierung von Kosten bei rund 70 Millionen Euro entwickelt und ich befürchte, das wird noch nicht das Ende sein. Diese große Unsicherheit verbietet es aus unserer finanzpolitischen Verantwortung heraus hier und heute eine Senkung der Kreisumlage über die eingearbeiteten 1,5 Prozent hinaus zu beschließen! Es wäre im Übrigen auch den Gemeinden gegenüber mehr als unfair Ihnen jetzt weite Spielräume mit einer weitergehenden Senkung der Kreisumlage zu geben, um sie dann ab 2020, wenn die Sanierung der Main-Klinik zu Buche schlägt, wieder in exorbitante Höhen zu steigen, und sie damit in die Misere zu bringen . Das wäre unseriös und deshalb wird die ödp/FDP-Ausschussgemeinschaft diesem Antrag auch nicht zustimmen.

Ein weiterer Punkt ist von elementarer Bedeutung für die Qualität eines Haushaltes: Der Schuldenstand. Und hier muss ich ein großes Lob an die Verwaltung aussprechen. Die schrittweise Abtragung des Schuldenberges, einst bei über 50 Millionen Euro gelegen, ist weit vorangeschritten und wir sind auf einem guten Weg. Und auch, dass wir langfristig auf neue Schulden verzichten ist ein sehr gutes Zeichen.

Was mich hier allerdings besorgt ist die Entwicklung im Kommunalunternehmen. Während der Landkreis solide Zahlen vorweist hat sich der Schuldenstand des Kommunalunternehmens weiter erhöht. Natürlich lässt sich dies mit getätigten Investitionen erklären. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, irgendwann ist auch der Moment gekommen, an dem man mal eine Notbremse ziehen muss und zumindest einmal ernsthaft darüber nachdenken sollte, ob man nicht auch Teile des Kommunalunternehmens wieder in

private Hände geben kann. Denn eines ist klar: Der freie Markt wird durch die steigende Aktivität des KU Schritt für Schritt aufgehoben. Das Risiko dafür zahlen jedoch am Ende die Bürgerinnen und Bürger und die Gemeinden mit der Kreisumlage. Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich klar sagen: Die Geschichte beweist uns, dass der Staat nicht der bessere Unternehmer ist, übrigens auch nicht hier im Landkreis Würzburg!“

Einen weiteren Wermutstropfen gibt es an anderer Stelle: Die Rücklagen des Landkreises sinken von heute 29 Millionen auf 1,4 Millionen Euro im Jahr 2020. Jedem hier sollte klar sein, dass dies bei der unsicheren Welt- und Wirtschaftslage einem Absinken auf Null gleichkommt. Sei es Zufall oder nicht, der Zeitpunkt fällt mit dem Ende dieser Legislaturperiode zusammen. Ich mahne deshalb Sie, Herr Landrat und ihre Mitarbeiter in der Verwaltung ganz besonders an: Wir brauchen eine Strategie über 2020 hinaus. Ein Prinzip frei nach dem Motto „Nach mir die Sinnflut“ darf es zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger nicht geben!

Unter diesem Hintergrund will ich hier einmal kritisch anmerken, dass der Landkreis im vorgelegten Entwurf seine freiwilligen Leistungen von 753.000 Euro bereits jetzt auf über eine Millionen Euro erhöht hat. Mit allen weiteren heute gestellten Anträgen kämen wir auf ein Volumen von 1,8 Millionen. Gerade weil es sich hier um so große Zahlen handelt wäre eine automatische Steigerung der freiwilligen Leistungen, wie sie die SPD heute beantragt, nicht zu rechtfertigen. Es würde auch ein gehöriges Maß an Bürgernähe dadurch verloren gehen, dass der Kreistag darüber nicht mehr gesondert beraten würde.

Das führt mich zu einem letzten Thema, das auch unsere Ausschussgemeinschaft in letzter Zeit bewegt hat, und ich möchte es hier zur Sprache bringen, und das ist die fehlende Transparenz. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, dass auch auf der politischen Ebene des Kreistages Fairness, Offenheit und Rechtstreue gepflegt werden. So sieht es auch die Bayerische Landkreisordnung vor. Ich will hier nicht den Vorwurf erheben, dass dies nicht der Fall ist!

Aber es gibt einige Punkte, die mehr als kritisch zu betrachten sind. Das Verfahren rund um das ehemalige Altenheim in Aub ist ein Beispiel. Die Kostenverhandlungen rund um die Main-Klinik in nicht-öffentlicher Sitzung sind ein weiteres Beispiel. Viele weitere Beispiele gäbe es. Den Bürgerinnen und Bürgern rufen wir zu: Sie können sich darauf verlassen, dass wir als ödp und FDP im Kreistag fortan den Finger in die Wunde legen werden, wenn solche grundsätzlichen Prinzipien verletzt werden.

Auch wenn das hier einigen Mitgliedern der CSU wie in der Presse zu lesen war, sauer aufstößt:

Wir machen lieber Politik mit den Menschen und nicht über ihre Köpfe hinweg.

Über den vorgelegten Entwurf der Haushaltssatzung darf ich abschließend sagen: Trotz einiger Mängel, ist das ein Haushalt, der in die Zukunft blickt. Deswegen wird die Ausschussgemeinschaft von ödp und FDP dem vorgelegten Entwurf ihre Zustimmung geben.

Herzlichen Dank!